

Wolfgang Böhm  
Vorsitzender

Wilhelm-Kopf-Straße 15  
71672 Marbach am Neckar  
Tel.: 0 71 44 – 86 25 35  
Fax: 0 71 44 – 86 25 36

An alle  
politischen Entscheidungsträger  
in Bund und Land

Datum: 01.07.2006

## **Aktion Überprüfung des Impfdogmas Forderungen u. a. des Deutschen Ärztetages zur (Wieder-)Einführung der Impfpflicht in Deutschland**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die derzeit laufenden Aktivitäten zur Erhöhung der Impfraten und zur Durchsetzung der Impfpflicht führen zu einem dogmatischen Verhalten, so dass Eltern trotz Entscheidungsfreiheit massiv unter Druck gesetzt werden, der z. B. über die Verweigerung der Teilnahme bei Veranstaltungen bis hin zur Androhung des Sorgerechtsentzuges gehen kann, damit ein Kind zwangsweise geimpft wird. Ähnlich ergeht es Ärzten, die sich kritisch mit dieser Problematik auseinandersetzen.

Dieses Verhalten hat mittlerweile solche Ausmaße angenommen, dass das ihm zugrunde liegende Impfdogma zwingend überprüft werden muss, bevor es zu weiteren Schritten insbesondere durch politische Entscheidungen kommt. Wir bitten Sie, das beiliegende Schreiben aufmerksam zu lesen und die folgenden Forderungen im Rahmen Ihrer Möglichkeiten zu unterstützen.

Zur Überprüfung des Impfdogmas fordern wir **vor dem Einstieg in die Beratung und die Beschlussfassung**, die dazu führen könnten, die Freiheit der Impfscheidung einzuschränken und eine Impfpflicht einzuführen, u. a. Folgendes:

1. Aussetzen der derzeit laufenden massiven Impfkampagne durch Politiker, Bundes-, Landes- und kommunale Gesundheitsbehörden und ihnen angeschlossene Einrichtungen, Arbeitgeber, Schulen sowie durch Ärzte(-verbände), Pharmaindustrie und Medien.
2. Verbot der Benachteiligung Nichtgeimpfter, die sofortige Beendigung der Stigmatisierung nicht Geimpfter durch moralischen und tatsächlichen Druck, z. B. durch Verweigerung der Teilnahme an Veranstaltungen bis hin zur Androhung des Sorgerechtsentzuges, um eine vermeintlich notwendige Impfung an einem Kind zu erzwingen.
3. Klares Bekenntnis zur Freiwilligkeit der Impfungen und zur Freiheit der Impfscheidung durch die Eltern.

4. Ausführliche Information der Bevölkerung **vor** der persönlichen Impfscheidung über die Vor- **und** Nachteile der Impfung, insbesondere über die im beiliegenden Schreiben vom 01.07.2006 genannten Tatsachen.
5. Information der Ärzte, dass
  - der Verdacht einer über das übliche Ausmaß einer Impfreaktion hinausgehenden gesundheitlichen Schädigung zu melden ist und ein Nichtmelden mit Bußgeld geahndet werden kann **und wird**,
  - Eltern vor der Impfscheidung sachlich über die Vor- **und** Nachteile der Impfung, insbesondere über die im beiliegenden Schreiben vom 01.01.2006 genannten Tatsachen, und über Alternativen zu informieren sind,
  - auf keinem Fall Druck auf die Eltern ausgeübt werden darf.
6. Ausführliche Information und Schulung der Bevölkerung über andere kostengünstige und wirksame präventive Maßnahmen zum Schutz vor Infektionskrankheiten. Diese sind insbesondere Hygiene, Ernährung, Lebensführung, sauberes Trinkwasser etc. Diese Informationen und Schulungen müssen frei von der Einflussnahme durch die Industrie (insbesondere Pharma- und Nahrungsmittelindustrie) erfolgen.
7. Durchsetzen einer breit angelegten öffentlichen wissenschaftlichen Diskussion über das Impfdogma, wobei darauf zu achten ist, dass nur Tatsachen und nicht Meinungen, Wahrscheinlichkeiten und Behauptungen der Diskussion zugrunde gelegt und dass impfkritische Wissenschaftler, Gruppen und Einzelpersonen paritätisch beteiligt werden.
8. Offenlegen der Unterlagen zur Zulassung von Impfstoffen. Dies gilt besonders für die den Entscheidungen des Paul-Ehrlich-Institutes (PEI) zugrunde liegenden Studien und Risiko-/Nutzenbewertungen. Da die Auswirkungen auf jeden Einzelnen von elementarer Bedeutung sind, darf weder das PEI noch der Hersteller des Impfstoffes die Auskünfte unter Berufung auf Betriebsgeheimnisse verweigern.
9. Zukünftig nur öffentliche Verfahren mit Beteiligung der Öffentlichkeit (vergleichbar den Bebauungsplanverfahren nach dem Baugesetzbuch) zur Zulassung von Impfstoffen durch das PEI .
10. Veröffentlichung des wissenschaftlichen Nachweises der Erreger von Krankheiten, gegen die geimpft wird bzw. werden soll, des wissenschaftlichen Nachweises, dass nur diese Erreger die Krankheiten verursachen, und des wissenschaftlichen Nachweises, dass die empfohlenen Impfungen auch tatsächlich schützen, nach den Henle-Koch-Postulaten. Die Veröffentlichung erfolgt durch das Paul-Ehrlich- und das Robert-Koch-Institut (RKI).
11. Wissenschaftlicher Vergleich aller bekannten präventiven Maßnahmen zum Schutz vor Infektionskrankheiten.
12. Öffentlichkeit der Sitzungen der Ständigen Impfkommission (STIKO) und Veröffentlichung der Protokolle.
13. Offenlegen der Verbindungen (insbesondere wirtschaftlicher Art) der Mitglieder der STIKO und anderer Entscheidungsträger in Behörden und Institutionen, der Gutachter etc. zur freien Wirtschaft, zu staatlichen und anderen Institutionen etc., was international üblich ist (dies gilt zum Beispiel auch für Finanzierung der Arbeit der Arbeitsgemeinschaft Influenza).

14. Sämtliche Studien, die von den Ethik-Kommissionen zugelassen werden, müssen im vollen Umfang veröffentlicht werden. Dies gilt auch dann, wenn die Studien abgebrochen werden. Änderungen des Studieninhaltes sind zu begründen und zu genehmigen. Auch hier ist zu veröffentlichen, wer diese Studien beauftragt und finanziert hat und welcher der Beteiligten mit der freien Wirtschaft wie verflochten ist.

Weitere Forderungen werden sich sicher im Rahmen der öffentlichen Diskussion ergeben.

Da hier elementare Grundrechte und die Wissenschaftsfreiheit bedroht sind, bitten wir Sie, sich für diese öffentliche wissenschaftliche Diskussion einzusetzen, und wenn möglich, sich dafür auch zur Verfügung zu stellen. Des Weiteren bitten wir Sie im Falle von politischen Entscheidungen, diese genau zu prüfen und im Zweifel Ihre Zustimmung zu verweigern.

Wir freuen uns auf eine positive Antwort.

**Hinweise:**

Wir beabsichtigen, Ihre Antwort ggf. im Internet zu veröffentlichen.

Schreiben mit den inhaltlich gleichlautenden Forderungen gehen u. a. an die in der Anlage genannten Personen.

In der Erwartung einer positiven Antwort verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen



Wolfgang Böhm  
Vorsitzender

**Anlagen:** 1

**Libertas & Sanitas e.V.** (lat. Freiheit und Gesundheit) ist ein gemeinnütziger Verein, der aus einer Kooperationsmaßnahme der beiden größten deutschen impfkritischen Organisationen AEGIS Deutschland e.V. (Alle Eltern für Gesundheit, Impffreiheit und Selbstbestimmung) und EFI Deutschland (Eltern für Impfaufklärung) hervorgegangen ist. Wir fördern die öffentliche Gesundheitspflege durch die Aufklärung der Bevölkerung mittels fundierter und unabhängiger Informationen. Dies gilt besonders für Impfungen, aber auch für andere Eingriffe in den menschlichen, tierischen und pflanzlichen Organismus. Die offiziell erhältlichen Informationen sind in der Regel einseitig und teils von wirtschaftlichen Interessen geprägt. Eine wirklich umfassende Aufklärung vor allem von Eltern und Ärzten findet bisher nicht statt.